

# **„BERLINER ERKLÄRUNG“**

**Gemeinsame Erklärung zur Industriepolitik von  
Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien, Lettland,  
Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal,  
Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, Spanien, der  
Tschechischen Republik und Ungarn**

anlässlich der

**5. Ministerkonferenz der „Freunde der Industrie“**

**30. Juni 2017, Berlin**

Wir alle haben ein gemeinsames Ziel: ein starkes Europa. Eine wettbewerbsfähige Industrie trägt entscheidend dazu bei. Deshalb sind wir, die Unterzeichnenden, heute zusammen gekommen, um gemeinsam für eine Europäische Union mit einer starken industriellen Basis zu arbeiten und dies zu einem wesentlichen Teil unserer Zukunft zu machen. In diesen von vielen Unsicherheiten geprägten Zeiten sind wir davon überzeugt, dass es einen frischen Impuls für unsere Industrie geben muss. Wir brauchen eine Art „Pulse of Europe: Industry edition“, um die Innovationskraft unserer Volkswirtschaften zu stärken, Wohlstand auch in Zukunft zu mehren und gute Arbeitsplätze in der Europäischen Union schaffen zu können.

Wie schon in Warschau, Madrid, Rom und Paris legen wir auch heute in Berlin das Bekenntnis zu einer starken industriellen Basis in Europa ab. Denn die Industrie, einschließlich des zugehörigen Dienstleistungssektors, und Europa sind eng miteinander verbunden und von erheblichem gegenseitigen Nutzen: Der Binnenmarkt, eine der größten Errungenschaften der EU, bietet Wachstumschancen für die Industrie, sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene. Seit den Anfängen der EU im Jahr 1953 trägt die industrielle Wertschöpfung im Gegenzug maßgeblich zu Wachstum, Wohlstand und Fortschritt in der EU bei. Wir alle wollen, dass dieses gewinnbringende Zusammenspiel auch künftig ein Erfolgsmodell bleibt und so Wohlstand und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger der EU möglich macht.

Die letzte Mitteilung der Europäischen Kommission zur Industriepolitik stammt aus dem Jahr 2014. In unserer Warschauer Erklärung von 2016 und in den im Mai 2017 verabschiedeten Schlussfolgerungen des Rates zur Industriepolitik haben wir an die Europäische Kommission appelliert, ihre Bemühungen zur Zukunftssicherung der Industrie in Europa zu verstärken und der Industriepolitik einen größeren Stellenwert auf ihrer Agenda zu geben. Im März 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Weißbuch zur Zukunft Europas „Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27“ und legte damit den Grundstein für eine offene und breit angelegte Debatte zur Zukunft der EU27. Während die Europäische Kommission in mehrere wichtige Initiativen seit 2014 eine starke industrielle Dimension einfließen ließ, steht eine Antwort auf die industriepolitischen Appelle der Mitgliedsstaaten weiterhin aus.

Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass in der Industriepolitik die Weichen für die Zukunft in den folgenden Handlungsfeldern richtig gestellt werden müssen:

Die fortschreitende Digitalisierung als Kern der vierten Industriellen Revolution wird die Welt verändern. Wir wollen ihre Chancen nutzen: Ein erfolgreicher digitaler Wandel ist eine der erforderlichen Voraussetzungen dafür, dass die Industrie in der EU wettbewerbsfähig und ein Motor für Wachstum und Beschäftigung bleibt. Der Erfolg hängt wesentlich davon ab, ob die Mitgliedsstaaten ihre Investitionen in eine schnelle und verlässliche Infrastruktur erhöhen, sowie von europäischen, nationalen und regionale Investitionen in die Entwicklung der digitalen Kompetenzen in ganz Europa. Kompetenzen sind für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit entscheidend, da strukturelle Änderungen immer größere und mehr arbeitsmarktrelevante Kompetenzen erfordern. Dies gilt für Bürgerinnen und Bürger der EU in Schulen, in der Aus- und Weiterbildung sowie an den Hochschulen. Was die Hochschulbildung betrifft, werden wir uns um die Förderung der MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – (und der Künste) bemühen. Mit diesen Investitionen können unsere Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das digitale Zeitalter erfolgreich gestalten. Darüber hinaus müssen wir in Bereichen wie der Datenwirtschaft, dem internationalen elektronischen Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie der Entwicklung neuer Geschäftsfelder aktiv werden.

Unter Einbindung der betroffenen Akteure erarbeitete, gezielte Fördermaßnahmen sind wesentlich für den Erfolg von KMU (einschließlich Start-ups). Die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Märkten, Finanzierung und Kompetenzen spielt sicherlich eine entscheidende Rolle, wir sollten aber auch ihren Zugang zu aktuellem Know-how, Fachwissen und Technologiediensten verbessern, die von Echtzeitbetriebssystemen (RTOs) oder Innovationszentren erbracht werden. Dazu gehört auch die Einrichtung von speziellen Experimentierzonen, in denen KMU neue intelligente Produkte und Produktionssysteme erproben und Netzwerke und Cluster für die Partnersuche und den Zugang zu Wertschöpfungsketten aufbauen können. Vor diesem Hintergrund sollten wir all unsere Anstrengungen zur Schaffung innovativer Ökosysteme oder Zentren bündeln, im Rahmen derer Innovationen und Digitalisierung in der Industrie durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Forschung, Start-ups, Hochschulen und verschiedensten Innovatoren vorangebracht werden.

Zudem müssen wir zentrale Trends der Zukunft wie Internet der Dinge, künstliche Intelligenz, vernetzte und autonome Systeme, 5G, 3D-Druck, Normung und IT-Sicherheit und deren Relevanz für die Zukunft der Industrie verstärkt aufgreifen. All dies wird Teil einer globalen Datenökonomie sein und erfordert somit eine europäische Debatte über die Anpassung unserer Förderprogramme und des übergreifenden Regulierungsrahmens, insbesondere auf dem Wege der Verabschiedung von Bestimmungen über faire B2B-Beziehungen und über Datenschutz. Unser Ziel ist es, ein möglichst breites Verständnis von den Herausforderungen, Chancen und Lösungen zu entwickeln und einen klaren Investitionsrahmen für Unternehmen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Mitteilung der Europäischen Kommission zu wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) von 2014, die bis Ende 2020 befristet ist. Die Förderung der Nutzung von IPCEI als wirksame industriepolitische Instrumente sowie die Verlängerung dieser Förderung für IPCEI über 2020 hinaus, insbesondere für innovative Schlüsseltechnologien, befürworten wir nachdrücklich.

Mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) hat die EU ein Instrument entwickelt, um Unternehmen den Weg zur leichteren Finanzierung

risikogeneigter Investitionen zu ebnen. Wir treten für eine baldige Verlängerung des EFSI wie geplant bis zum Ende der laufenden Finanzperiode ein.

Unseres Erachtens muss zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit die Überregulierung der Industrie in der EU im Ergebnis von Rechtsakten, die im Rahmen anderer EU-Politiken erlassen werden, in Angriff genommen werden. Mit ihren sektorspezifischen Analysen hat die Kommission erste Schritte in diese Richtung gemacht; diese sollten ganzheitlich ergänzt werden. Als nächsten Schritt sollte die Kommission darlegen, wie regulatorische Kosten infolge von Mehrfach-Regulierung (*ex post* und *ex ante*) gesenkt werden können.

Bei der Nachhaltigkeit handelt es sich nicht um einen politischen Trend, sondern um einen generellen Trend. Es besteht eine globale Notwendigkeit, der sich natürlich auch Europa annimmt: Wir haben eine effiziente und intelligente Strategie entwickelt, wie wir unsere Klimaschutzziele in einer Art und Weise erreichen wollen, die für unsere Unternehmen Kosteneffizienz, Sicherheit und Planungssicherheit garantiert, was in diesen turbulenten Zeiten einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellt.

Das Pariser Klimaschutzabkommen ist wichtig und unumkehrbar als gemeinsamer Weg unserer Bemühungen, den Klimawandel zu bekämpfen und uns daran anzupassen. Wer sich dieser Vereinbarung verweigert oder ihr seine Unterstützung nachträglich wieder entzieht, schadet dem eigenen Land und seiner Wirtschaft und verabschiedet sich aus der solidarischen Werte- und Weltgemeinschaft. Wir erneuern unser Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzabkommen daher umso nachdrücklicher. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Abkommen nicht nur klimapolitische Notwendigkeit ist, sondern auch dazu beiträgt, unsere Industrie für die Zukunft fit zu machen: Durch den im Abkommen proklamierten Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien entstehen gleichzeitig Möglichkeiten für neue und fortschrittliche Geschäfts- und Produktionsmodelle, insbesondere im Bereich der Energietechnologien. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, um diese Chancen für unsere europäische Industrie zu nutzen. Unsere Industrie befindet sich hier in einer guten Ausgangslage: In den Bereichen Energieeffizienz, intelligente Städte und effiziente Nutzung von Rohstoffen sind wir weltweit führend. Unsere Firmen halten 40 Prozent der weltweiten Patente für erneuerbare Energietechnologien. Dies zeigt, dass klima- und energiepolitische Entscheidungen und Verpflichtungen auch ein Modernisierungsschub und ein

Wettbewerbsvorteil für die Industrie sein können, insbesondere wenn Forschungsergebnisse in bezahlbare und erfolgreiche Geschäftsideen innerhalb und außerhalb der EU Eingang finden.

Die Industrie muss in die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes investieren, gleichzeitig aber auch ihr Gewinnpotenzial erhalten und weiterhin über eine wachstumsfähige Basis in Europa verfügen. Besonderes Augenmaß ist deshalb bei der Ausgestaltung des Emissionshandelssystems ETS geboten: Wenn wir unsere energieintensiven Industrien durch zu hohe CO<sub>2</sub>-Abgaben vertreiben, hat dies erhebliche Auswirkungen auf den Industriestandort, unter anderem auf Wertschöpfungsketten in der Produktion und auf die Beschäftigung, sowie auf globale Treibhausgasemissionen. Die Zusammenführung von industrie-, umwelt- und beschäftigungspolitischen Zielen ist uns in der Vergangenheit gelungen und sollte uns auch künftig leiten. Das nützt allen, dem globalen Klima ebenso wie den Beschäftigten in der EU.

Die Zeiten, in denen neben der Europäischen Union auch große Handelsnationen für offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen einstanden, sind ein Stück weit vorbei. Mit Bedauern nehmen wir die geopolitischen Veränderungen in der Handelspolitik und das Aufkeimen protektionistischer Tendenzen zur Kenntnis. Die Industrie, die besonders von globalen Wertschöpfungsketten geprägt ist, ist auf freien Handel angewiesen, um erfolgreich agieren und so Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung generieren zu können.

Es ist wichtig, eine angemessene Antwort der EU auf die Industriestrategien von Drittstaaten auf der Grundlage des Grundsatzes von Handel und Investitionen zum wechselseitigen Nutzen und von regelbasiertem Handel mit Partnern sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene zu entwickeln und gleichzeitig sicherzustellen, dass faire Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben und gestärkt werden. Es ist unerlässlich, sich Herausforderungen zu stellen, die durch wettbewerbsfähige ausländische Industrien entstehen, die mit Instrumenten unterstützt werden, welche nicht im Einklang mit ihren Verpflichtungen gemäß internationalem Recht oder geltenden Grundsätzen des EU-Binnenmarktes einschließlich des EU-Wettbewerbsrechts stehen, und eine angemessene und ausgewogene Antwort darauf zu geben.

Europäische Unternehmen und ihre Fähigkeit, innovative Ideen zu entwickeln, hängen in besonderem Maße von globalen Wertschöpfungsketten ab. Das gilt für die Europäische Union wie für andere große Industrieregionen. Für umso wichtiger halten wir es daher, mit unseren Partnern zusammenzuarbeiten und sie für unsere Überzeugungen zu gewinnen und Fortschritte im Handelsbereich auf multi- und bilateraler Ebene zu erzielen.

Gleichzeitig sehen wir uns auch in der Pflicht, berechnete Interessen unserer Unternehmen aktiv zu verteidigen. Das bedeutet, dass wir zur Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen unsere handelspolitischen Schutzinstrumente modernisieren und damit anpassungsfähiger und effizienter machen müssen. Die Europäische Kommission muss in der Lage sein, unsere strategisch wichtige Industrie und unsere strategisch wichtigen Industrieprodukte effektiv gegen unfairen Wettbewerb und Dumping zu verteidigen. In den Bereichen öffentliche Beschaffung und Auslandsinvestitionen, wo die EU – worauf der Europäische Rat letzte Woche erneut hingewiesen hat – im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich offener ist, müssen wir die Diskussion darüber vertiefen und voranbringen, wie wir angesichts unseres Ziels offener Märkte, freien Marktzugangs und der Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen den Grundsatz der Gegenseitigkeit stärken können.

Um die Bedeutung unserer industriellen Basis für Wohlstand und Beschäftigung zu unterstreichen, hat sich in der europäischen Diskussion die Zielmarke des Anteils industrieller Wertschöpfung an der europäischen Bruttowertschöpfung in Höhe von 20 Prozent etabliert. Wir fordern die Europäische Kommission dazu auf, Vorschläge für ein neues strategisches Ziel für die europäische Industrie zu unterbreiten, das bis 2030 erreicht werden muss. Damit wäre ein zeitlicher Dreiklang von europäischen Zielmarken in der Energie-, Umwelt- (einschließlich Klima-) und Industriepolitik hergestellt.

Wir glauben, dass die Zukunft der europäischen Industrie und des dazugehörigen Dienstleistungssektors nur erfolgreich sein kann, wenn wir mit allen beteiligten Akteuren auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusammenarbeiten und aktiv in einen Dialog eintreten. Wir müssen uns insbesondere mit verschiedenen Akteuren und Sozialpartnern einschließlich Unternehmen, Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Politikern, Wissenschaftlern und Lehrenden austauschen. Wir begrüßen die Einführung und Organisation eines Europäischen Industrietages seitens

der Europäischen Kommission und den mit der Veranstaltung einhergehenden Dialogprozess mit allen beteiligten Akteuren. Wir wollen diesen Dialogprozess aktiv voranbringen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Sozialpartnern ist wichtig, und die Sichtbarkeit des Prozesses wird eine wesentliche Rolle dabei spielen, die Wahrnehmung der Industrie positiv zu gestalten. Wenn sich alle aktiv beteiligen, werden die erzielten Ergebnisse entscheidend zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der EU beitragen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir das Reflexionspaper der Kommission „Die Globalisierung meistern“, in dem der unbestrittene Nutzen des freien Handels betont und gleichzeitig die Notwendigkeit fairer Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen im Welthandel sowie eine gerechtere Verteilung der Gewinne in unseren Gesellschaften zur Aufrechterhaltung unserer Sozialsysteme unterstrichen wird. Darüber hinaus begrüßen wir die interne Antwort der Kommission auf die Globalisierung: Sie unterstreicht die Notwendigkeit einer robusten Politik in den Bereichen Soziales und Bildung, einer technologie-orientierteren und innovativeren Wirtschaft sowie von engen Partnerschaften mit mehr ermächtigten Regionen.

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2017 und den Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates vom Mai 2017 bekräftigen wir die äußerst wichtige Rolle der Industrie als Motor für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa sowie den Handlungsbedarf. Wir unterstreichen die darin genannte Notwendigkeit der Erarbeitung einer neuen industriepolitischen Strategie durch die Europäische Kommission. Was den Zeitrahmen angeht, möchten wir die Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates vom Mai 2017 aufgreifen, in denen die Vorlage einer umfassenden industriepolitischen Strategie rechtzeitig vor der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2018 gefordert wird. Diese Strategie sollte eine ganzheitliche Industriestrategie für die Zukunft sein, in enger Abstimmung mit Mitgliedstaaten und beteiligten Akteuren erarbeitet, in der neue mittel- und langfristige strategische Ziele für die Industrie dargelegt werden und skizziert wird, wie das Mainstreaming der industriellen Wettbewerbsfähigkeit zur Anwendung kam und kommt. Der strategische Ansatz sollte einen Aktionsplan sowie konkrete Maßnahmen umfassen, die Auswirkungen von im Rahmen anderer EU-Politiken ergriffenen rechtlichen Maßnahmen auf die Industrie analysieren und in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2018 aufgenommen werden.

Die europäische Industrie agiert vor dem Hintergrund des Klimawandels, des demografischen Wandels, des digitalen Wandels in unserer Wirtschaft sowie der derzeitigen protektionistischen Tendenzen einiger wichtiger Handelspartner. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir gemeinsam eine neue Strategie für die Zukunft der europäischen Industrie auf der Grundlage ihrer Stärken entwickeln und damit die aktuellen Herausforderungen in Chancen umwandeln.